

Beschlüsse des 29. Landesparteitages

Thema:

Wiedervernässung in Mecklenburg-Vorpommern

Antragsteller:

Kreisverband Vorpommern-Greifswald

Beschluss:

Mecklenburg-Vorpommern verfügt über 293.000 ha Moorfläche von denen ein Großteil als stark entwässert eingestuft ist. Im Rahmen des Moorschutzkonzeptes des Landes Mecklenburg-Vorpommern wird eine Renaturierung zumindest eines Teils dieser Flächen angestrebt. Allerdings wird die Umsetzung dieser Maßnahmen vor Ort in vielen Bereichen als sehr problematisch angesehen und in der Politik kontrovers diskutiert. Vor diesem Hintergrund positioniert sich der CDU-Landesverband wie folgt:

1. Bei der Umsetzung von Renaturierungsmaßnahmen sind Einschränkungen in den Lebens- und Wirtschaftsräumen und in der Lebensqualität der Anwohner auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Ganzjährige und großflächige Überstauungen lehnen wir ab.
2. Die Bevölkerung ist mit Beginn der Vorhabenplanung fortlaufend und umfassend zu informieren. Die betroffenen Kommunen müssen den getroffenen Festlegungen zustimmen.
3. Die eingeleiteten und realisierten Maßnahmen sind unter Einbeziehung der angrenzenden Gebiete, einer ständigen Kontrolle durch die Planfeststellungsbehörde zu unterziehen. Die Beweislast für eingetretene Mängel liegt beim Vorhabenträger. (Der Haftungszeitraum ist auf 30 Jahre festzulegen).
4. Für ungeklärte Altfälle ist ein Schadenfonds einzurichten.

Thema:

Anrechnung von Studienleistungen bei Aufnahme beruflicher Ausbildung

Antragsteller:

Frauen Union Mecklenburg-Vorpommern

Beschluss:

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für eine angemessene Anrechnung von erworbenen Studienleistungen bei der Aufnahme einer beruflichen Ausbildung ein.

Begründung:

Der Arbeitsmarkt in Deutschland befindet sich im Umbruch. Während in den vergangenen Jahrzehnten zu wenig Arbeitsplätze und zu wenig Ausbildungsplätze für junge Menschen sowie ein Strukturwandel zu verzeichnen waren, erlebt die Nachfrage nach Facharbeitern gegenwärtig einen regelrechten Boom. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels zeigt sich auch in Mecklenburg-Vorpommern ein erheblicher Mangel an Auszubildenden und Fachkräften. Neben dem Engagement der Wirtschaft für attraktive Rahmenbedingungen gilt es, neue Zielgruppen für eine Ausbildung im Handwerk und im Mittelstand zu erschließen.

Jeder 3. Studienanfänger beendet sein Studium vorzeitig ohne Abschluss. Hier besteht die Möglichkeit durch eine verkürzte Ausbildung im Rahmen der Anerkennung von erworbenen Studienkenntnissen Wege für eine berufliche Ausbildung junger Menschen aufzuzeigen und Anreize zu schaffen. Wirtschaftliches Wachstum lässt sich nur mit einer ausreichenden Anzahl von qualifizierten Mitarbeiter/innen erreichen.

Thema:

Freiwillige Feuerwehren des Landes Mecklenburg-Vorpommern jetzt stärken!

Antragsteller:

Kreisverband Vorpommern-Rügen

Beschluss:

Das gesellschaftliche Leben in Mecklenburg-Vorpommern steht angesichts des demografischen Wandels sowie der weiteren Abwanderung junger Menschen vor immer größeren Herausforderungen. Unternehmen, Vereine und Verbände beklagen seit Jahren einen stetigen Mitgliederschwund und Probleme bei der Abdeckung ihrer Aufgaben. Gerade Ehrenamtsträger, die sich im ländlichen Raum unseres Bundeslandes engagieren, bemerken das Ausbleiben von Kindern und Jugendlichen in ihren Abteilungen.

In Mecklenburg-Vorpommern sind insgesamt 40.000 Menschen in 980 Freiwilligen Feuerwehren, 640 Jugendfeuerwehren und den 9 Berufsfeuerwehren tätig. Die Freiwilligen Feuerwehren unseres Bundeslandes tragen neben dem flächendeckenden Brandschutz sowie der Hilfe in Unglücksfällen zum breiten gesellschaftlichen Engagement, wie z.B. über Feuerwehrsportvereine, bei. Aus diesem Grund kommt ihnen eine besondere Bedeutung zu.

Viele lokale Löschzüge haben sich in den letzten Jahren zu größeren, der Gemeindestruktur angepassten Gruppierungen zusammengeschlossen, um den Mangel an jungen Mitgliedern entgegenzuwirken und die ihnen anvertrauten Aufgaben gewährleisten zu können. Gleichzeitig sind die Kameraden von Seiten des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern mit neuer Ausrüstung und Fahrzeugen ausgestattet worden. Trotz weitreichender Umstrukturierungen und neuer Löschfahrzeuge stehen die örtlichen Feuerwehren vor großen Problemen und die Frage kommt auf: „Wer wird in Zukunft das Feuerwehrauto zum brennenden Haus fahren?“ Eine gesetzlich vorgeschriebene Verpflichtung von Bürgern der Gemeinden und Städte darf am Ende nicht die Lösung sein.

Die CDU fordert deshalb:

Förderung eines LKW-Führerscheines zum Fahren von Löschfahrzeugen, dessen Finanzierung sich aus Mitteln des Landes, der Städte und Gemeinden sowie der privaten Wirtschaft zusammensetzt

Ausbau der Präventivarbeit an Schulen, z.B. über die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften zwischen Grundschulen sowie den örtlichen Feuerwehren und regelmäßigen Brandschutzübungen

Der öffentliche Dienst wird entsprechend der rechtlichen Situation aufgefordert, die Kameradinnen und Kameraden für Einsätze und Schulungen freizustellen.

Die Christlich Demokratische Union in Mecklenburg-Vorpommern muss ihrer Rolle als DIE kommunalpolitische Partei gerecht werden und sich diesem Problem, auch in Form des von ihr in der Landesregierung geführten Innenministeriums, annehmen. Als ihre Jugendorganisation fordern wir deshalb eine breite Unterstützung der Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren und ihrer Jugendabteilungen in unserem Land.